

Akzeptanz als Leitgedanken

Autor(en): **Gorgé, Viktor / Hafen, Martin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen**

Band (Jahr): **20 (1994)**

Heft 3

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-801218>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Martin Hafen-Bielsler

Liebe Leserin lieber Leser

Bei den Drogenfachleuten hat sich in den letzten Jahren zunehmend die Erkenntnis durchgesetzt, dass sich suchtakzeptierende Angebote in der Drogenarbeit durchaus mit abstinenzorientierten Massnahmen vertragen. In der Öffentlichkeit und vor allem in der Politik ist die Sichtweise nicht so differenziert; hier bläst der suchtakzeptierenden Drogenarbeit oft ein anderer, ein rauher Wind entgegen. Prävention, Entzug und Therapie hingegen sehen sich kaum je Kritik ausgesetzt – mehr noch: Alles was mit Abstinenz zu tun hat, wird selten hinterfragt und dementsprechend auch selten evaluiert.

Zwei deutsche Studien haben sich mit den Erfolgsquoten von stationären Therapien auseinandergesetzt. Die Resultate – Abbruch- und Rückfallquoten von bis gegen 80% – stimmen nachdenklich. Sie zeigen auf, dass die Evaluation vermehrt auch in die traditionellen Bereiche der Drogenarbeit vordringen muss. Nur so ist Entwicklung möglich, und nur so kann eine kohärente und ganzheitliche Drogenarbeit entwickelt werden – eine Drogenarbeit, die auf die Bedürfnisse der Abhängigen zugeschnitten ist und nicht auf die der Politik.

Martin Hafen-Bielsler

IMPRESSUM

DrogenMagazin – Zeitschrift für Suchtfragen, Ramsteinerstrasse 20, 4052 Basel ■ Das DrogenMagazin erscheint siebenmal jährlich ■ Herausgeber: Die KETTE ■ Redaktor: Kurt Gschwind-Botteron ■ Redaktionsteam: Benno Gassmann, Martin Hafen, Claus Herger, Heidi Herzog ■ Verantwortlich für diese Nummer: Martin Hafen ■ Satz und Gestaltung: Jundt & Widmer, Atelier für Gestaltung, Basel ■ Druck: Druckerei Schüler AG, Biel ■ Preis für Jahresabonnement: Fr. 50.– Gönnerabonnement: ab Fr. 100.– Kollektivabonnement ab 5 Stk.: Fr. 40.– Ausland: Fr. 70.– ■ Postcheckkonto: die kette, 40-5370-4, Basel ■ Abo-Kündigung: Auf Ende Jahr möglich ■

Akzeptanz als Leitgedanken

Der Verband der Elternvereinigungen drogenabhängiger Jugendlicher (EVDAJ) veranstaltete am 13./14. November 1993 eine Tagung zum Thema «Akzeptanz in der Sucht- und Drogenarbeit».

VON VIKTOR GORGÉ, EVDAJ
BERN, REDAKTIONELL BEARBEITET
VON MARTIN HAFEN

Wie gehen Eltern mit dem Drogenproblem ihrer Kinder um und wie die Öffentlichkeit? Wie weit können sie Drogenkonsum akzeptieren, welche Forderungen in bezug auf Drogenabstinenz stellen sie an sich selbst und welche an die andern? Das war die Thematik der Boldern-Tagung 1993 des VEV DAJ, an der rund hundert Eltern teilgenommen haben.

Erkennung und Anerkennung der Sucht- und Drogenproblematik

Die Tagung wurde eröffnet mit einem ausserordentlich klaren und engagierten Referat von Peter Burkhard zur Frage: «Was ist akzeptierende Sucht- und Drogenarbeit?». Peter Burkhard ist langjähriger Projektleiter beim Verein «Die Alternative», der neben anderen Institutionen, auch die sozialtherapeutische Gemeinschaft «Ulmenhof» in Ottenbach betreibt. Der Zweck dieses Vereins wird umschrieben mit dem Zusatz «Verein für umfassende Sucht-

therapie», und genau diese umfassende Betrachtungsweise lag auch dem Referat zugrunde.

Akzeptieren bedeutet nicht gutheissen

Peter Burkhard interpretierte in seinem Referat das immer wieder missverständliche Wort «Akzeptanz» als Erkennen und Anerkennen der Drogen- und Suchtproblematik im umfassenden gesellschaftlichen Kontext. Akzeptanz heisst deshalb nicht gutheissen der bestehenden Situation, sondern bloss das Sehenwollen und Akzeptieren (=Hinnehmen) der gesellschaftlichen Realität, in der sich das Drogenproblem zeigt. Akzeptanz heisst: nicht die Augen schliessen vor dem Umfeld in dem Drogen konsumiert werden. Denn nur so könne man den Süchtigen verstehen und ihm helfen.

In diese zu akzeptierende gesellschaftlich-kulturelle Realität gehören nach Peter Burkhard die folgenden Punkte:

- Drogenkonsum ist keine neue Modeerscheinung, sondern ein gesellschaftliches Faktum, das in jeder Kultur zu finden ist.
- Welche Drogen gesellschaftlich toleriert und welche verboten werden, ist weitgehend durch die historischen Umstände bedingt, kulturabhängig, und hat wenig mit der objektiven Schädlichkeit und Gefährlichkeit der Drogen zu tun.
- Drogen, welche in einer Gesellschaft im Gebrauch sind, können durch keine repressiven Massnahmen zum verschwinden gebracht werden.
- Ein Grossteil der Bevölkerung konsumiert Drogen und die meisten können mit diesen Drogen umgehen. Aber es gibt bei allen Drogen auch Süchtige, die nicht damit umgehen können.

- Wenn Menschen süchtig werden, gibt es keine eindeutige oder gar verallgemeinerbare Schuldzuweisung. Jede Sucht hat eine individuelle Entwicklung.
- Das Hauptproblem der heutigen Drogenproblematik sind nicht gewisse illegale Drogen; es ist die hohe Suchtbereitschaft unserer Gesellschaft.
- wir müssen auch die politischen und wirtschaftlichen Realitäten sehen und akzeptieren: Neben den Verlierern der gegenwärtigen Drogenpolitik gibt es auch Gewinner; nur von denen spricht man nicht. Weiter ist unsere Politik in erster Linie Wirtschaftspolitik und nicht Gesundheitspolitik.

Einsicht ist der erste Schritt zur Lösung

Im zweiten Teil seines Referates zeigte Peter Burkhard, dass nur eine Haltung, die diese Realitäten akzeptiert, sie also nicht verdrängt und nicht die Augen vor ihnen verschliesst, überhaupt abstinenzorientiert sein kann. Wir müssten einsehen,

■ dass unsere Forderungen an die Süchtigen oft völlig unangemessen sind: Zuerst auf den Drogenkonsum verzichten und dann erst das Problem lösen, das diesen Drogenkonsum bedingt hat. (Die Initiative «Jugend ohne Drogen» folge genau diesem Muster.) So wie der Süchtige unter einem inneren Zwang steht zu konsumieren, so wird er nun von anderen in gleicher Weise gezwungen, nicht zu konsumieren; eine ebenso zwanghafte wie unsinnige Alles-oder-Nichts Forderung. Und selbst wenn das Ziel «Kein Drogenkonsum» erreicht wird, dann heisst das noch lange nicht, dass das Suchtproblem gelöst ist – meist hat sich das Suchtproblem dann nur verlagert.



■ dass Abstinenz ein viel zu hohes Ziel, eine viel zu grosse Forderung ist, (Peter Burkhard vergleicht diese Forderung mit entsprechend rigorosen ökologischen Forderungen: Aus ökologischer Einsicht auf fast alles verzichten, was unsere Zivilisation anbietet. Das ist für die meisten eine unerfüllbare Forderung).

■ dass das Nüchternheitsideal, das unserer Gesellschaft vorschwebt, etwas äusserst Problematisches ist: Es ist nur ziel- und situationsbezogen sinnvoll (z.B. nüchtern sein, wenn man Autofahren will); ausschliesslich rational und nüchtern sein wollen ist eine kolossale Verengung unseres Menschseins. Viele Menschen fühlen sich deshalb durch die gesellschaftliche Forderung zum Nüchternsein auf ihr rationales Ich reduziert und dadurch gewissermassen in ihren Ich-Käfig eingesperrt; wir alle möchten manchmal aus diesem Käfig ausbrechen. Rauschzustände sind eine Möglichkeit, aus diesem Käfig ausbrechen, aber in unserer Kultur werden Rauscherfahrungen im allgemeinen nur negativ bewertet.

Akzeptierende Drogenarbeit geht nach Peter Burkhard von einem Verstehensmodell für die Sucht aus und betrachtet nicht in erster Linie die Drogen als Problem: Sucht ist nicht eine Krankheit, die ihre Ursachen in den Drogen hat, sondern Sucht sei vielmehr ein hilfloser

Versuch, eine Lebenskrise zu meistern, bei dem die Droge die Problemlöserin ist. Wer einem Süchtigen helfen will, muss ihm andere Lösungen für seine Probleme anbieten und nicht bloss die Drogen entziehen.

Die harte Realität

Die anschliessende Diskussion im Plenum sowie die Gruppendiskussionen zeigten, dass der Begriff «Akzeptanz» sehr umstritten ist, weil er in den Augen vieler Eltern doch ein unakzeptables Hinnehmen oder sogar Gutheissen des Drogenkonsums bedeutet. Obwohl die meisten Eltern eher eine nicht-repressive, liberale Linie vertreten, sind ihre Erfahrungen mit dem Drogenproblem beim eigenen Kind meistens derart negativ, dass Akzeptanz für sie höchstens theoretisch möglich ist; in der realen Konfrontation mit dem Süchtigen dagegen scheint ein bedingungsloses Weg-von-den-Drogen fast unumgänglich zu sein. Manche Eltern empfinden Akzeptanz deshalb eher als eine Art Resignation.

Als Berichterstatter hatte ich persönlich den Eindruck, dass die ausserordentlich wichtige und an sich klare Botschaft, die uns Peter Burkhard geben wollte, von manchen Eltern leider vielleicht doch nicht ganz verstanden worden ist.

Abhängige als Spielball der Politik

Der zweite Tag der Boldern-Tagung wurde eingeleitet von einem Referat des Drogenbeauftragten des Kantons Zürich, Attila Stoppa, zum Thema «Das psychosoziale Betreuungsnetz». Attila Stoppa zeigte vor allem die Widersprüche, Polarisierungen und die politischen Grenzen der Akzeptanz bei der Betreuung der Drogenabhängigen.

■ Kaum ein anderes Problem werde derart emotional und polarisierend diskutiert wie das Drogenproblem: Der Staat, die Gesellschaft trägt Verantwortung für den Einzelnen und muss ihn, notfalls mit Zwang, vor Abwegen bewahren, so lautet die Devise der Befürworter der Repression; der Staat hat kein Recht einzugreifen, wenn sich der Einzelne selbst schädigt, lautet die Devise der Liberalen.

■ Das ganze Problem sei zudem eingebunden in einen rigiden gesetzlichen Rahmen, und das dem staatlichen Handeln zur Verfügung stehende Instrumentarium orientiere sich an den Problemen von vorgestern und sei zur Lösung der heutigen völlig inadäquat (die heutige Mobilität mache z.B. eine kantonale oder gar kommunale Drogenpolitik illusorisch; es ist sinnlos von einer Zürcher- oder Berner-Drogenszene zu sprechen, es gibt de facto nur die Drogenszene Schweiz).

■ Viele Politiker würden sich zu leichtfertig hinter wohlfeilen aber leeren Schlagwörtern verstecken; Prävention sei ein solches. Wenn aber Prävention angesagt ist, dann könne dies sicher keine suchtmittelspezifische Prävention sein, also keine Prävention, die nur die illegalen Drogen im Auge hat. Wenn jedoch Politiker von Prävention sprechen, werden meistens bloss die illegalen Drogen gemeint.

■ Die Meinungen divergieren ebenfalls in der Frage, ob ein weniger repressiver Umgang mit dem Drogenproblem eher

durch Medizinalisierung, durch Legalisierung oder durch Liberalisierung erreicht werden soll. Klärend könnten hier nach Attila Stoppa die Versuche zur kontrollierten Drogenabgabe sein, die jetzt an verschiedenen Orten anlaufen. Letztere würden zwar keine Entlastung der Drogenszene bewirken, aber sie seien nötig, weil es bis heute in diesem Bereich noch keinen sozial wissenschaftlichen Untersuchungen gebe.

■ Ein weiterer polarisierter Themenkreis sei die Frage: Therapie oder bloss Überlebenshilfe? Therapien sind für das Gemeinwesen ausserordentlich kostspielig. Die Gemeinden ergreifen deshalb gerne «Billigangebote» (wie z.B. «Patriarch»); vielfach werden heute auch wieder vermehrt die Eltern zur Kasse gebeten.

Aber andere Einrichtungen, wie z.B. die Rückschaffungszentren oder Stationen für den Vollzug des fürsorglichen Freiheitsentzuges (FFE) sind vielfach noch teurer als Therapiestationen (Hegibach z.B. kostet 700 Fr. pro Tag!) und bilden eigentlich nur sehr teure Umwege zu einer wirklichen Betreuung und Therapie; ihre Existenz verdanken sie allein dem Umstand, dass sie politisch gefordert werden.

■ Die Überlebenshilfe-Angebote werden unterschiedlich akzeptiert: Methadonabgabe und Spritzenabgabe (allein in Zürich 300 – 400'000 Spritzen pro Monat!) seien politisch weitgehend unbestritten; auch Notschlafstellen sind politisch akzeptiert, aber sie funktionieren nur dank Freiwilligenarbeit. Tagesstrukturen seien dagegen schwieriger zu realisieren: Fixerräume sind juristisch immer noch umstritten; Arbeitsangebote sind heute kaum mehr möglich (auch eine Therapie führt heute meistens in eine vorprogrammierte Arbeitslosigkeit). Hier müssten ganz neue Wege versucht werden. In all diesen Programmen wird zudem der ganze Problemkreis der Stoffbeschaffung geflissentlich ausgeklammert.

Im Endeffekt würden die Abhängigen zwischen diesen verschiedenen Betreuungsangeboten passiv hin- und hergeschoben, in Rückschaffungszentren, zurück in die Heimatgemeinden (die selber meistens auch nicht viel tun können), in Entzugs und Therapiestationen oder in Gefängnisse; zumeist vor allem in jene Programme, die politisch gerade «in» und akzeptiert sind.

Vom Erfolg all dieser Betreuungsanstrebungen war leider kaum die Rede.

Mit Solidarität zur Lösungsfindung

In der nachfolgenden Gruppenarbeit sollte das Modell des psychosozialen Betreuungsnetzes nach wünschbaren Verbesserungen und Optimierungen weiter befragt werden. Das optimale psychosoziale Betreuungsnetz ist dabei allerdings nicht gefunden worden. Gesamthaft entstand der Eindruck, dass die Betreuung der Drogenabhängigen zu sehr von der jeweiligen politischen Opportunität gesteuert wird, dass sie enorme Kosten verursacht und letztlich wenig Erfolge aufweisen kann. Die Eltern sind sicher dankbar für alle Hilfe, die ihren abhängigen Kindern in solchen Angeboten zuteil wird. Aber oft fühlen auch sie sich herumgeschoben, bevormundet und implizite für schuldig erklärt (z. B. wenn ihnen die Kosten für Therapie auferlegt werden). Jenseits der politischen Opportunität werden alle diese Programme zwar von Fachleuten aller Art begleitet, aber nach wie vor haben die Betroffenen, seien es die Eltern oder die Abhängigen selber, kaum eine Stimme; sie sind höchstens gern gesehen als freiwillige Helfer.

Nach wie vor gilt: So wie die Kinder keine Lobby haben, so haben auch die Drogensüchtigen keine Lobby. Aber die Eltern der Drogenabhängigen könnten entschieden mehr Einfluss ausüben, wenn sie solidarischer zu ihren Problemen stehen würden! ■